



### INHALT SEPTEMBER 2007

**SEITE 1**  
**INTERKULTURELLE WOCH**  
**2007**

Rund 3.000 Veranstaltungen werden erwartet

**SCHWERPUNKT**  
**ANTIDISKRIMINIERUNG**  
Neuer Info-Brief Forum gegen Rassismus

**SEITE 2**  
**ZAHLENWERK**

Asylstatistik 2006 (nach den zehn Herkunftsländern, aus denen die meisten Asylbewerber stammen)

**„PRAXISORIENTIERTE AUFBAUSCHULE“**

Deutsch-Türkisches Forum der CDU fordert Zusammenlegung von Haupt- und Gesamtschule

**INTEGRATIONSKURSE SIND WEITER ERFOLGREICH**

Innenministerium stellt Erfahrungsbericht vor

**SEITE 3**  
**LOB UND KRITIK**

Deutschlandbericht des Menschenrechtskommissars des Europarats

**„FÜR GLEICHBERECHTIGTES UND SOLIDARISCHES MITEINANDER“**

Integrationskonzept der Linksfraktion veröffentlicht

**TERMINE**

und Veranstaltungen

**SEITE 4**  
**FLÜCHTLINGE SCHÜTZEN – NICHT ABSCHIEBEN!**

Kommentar von Günter Burkhardt, Geschäftsführer von Pro Asyl

## INTERKULTURELLE WOCH

### Rund 3.000 Veranstaltungen werden erwartet

Vom 23. bis 29. September findet die diesjährige Interkulturelle Woche/Woche der ausländischen Mitbürger statt. Die Interkulturelle Woche ist eine Initiative der Katholischen deutschen Bischofskonferenz, der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Griechisch-Orthodoxen Metropolie. Unterstützt und mitgetragen wird sie von den Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden, zivilgesellschaftlichen Initiativen, Kommunen, Ausländer- und Integrationsbeiräten, Ausländerbeauftragten und deutsch-ausländischen Initiativgruppen.

Das Motto der diesjährigen Woche lautet „Teilhaben – Teil werden!“ Damit knüpft die Woche an das Europäische Jahr der Chancengleichheit an, das von der EU für 2007 ausgerufen wurde. Thematisiert werden Möglich-

keiten und Begrenzungen der Partizipation von Migrantinnen und Migranten sowie Flüchtlingen. Erfahrungen aus Schule, Ausbildung und Beruf werden vorgestellt und diskutiert. Aufgeworfen wird auch die Frage, welche Maßnahmen Diskriminierung entgegenwirken. Die Initiatoren rechnen auch in diesem Jahr wieder mit insgesamt rund 3.000 Veranstaltungen in über 200 Städten. Eröffnet wird die Interkulturelle Woche mit einer Auftaktveranstaltung am 21. September in Frankfurt/Main.

Im Rahmen der interkulturellen Woche findet am 28. September der Tag des Flüchtlings statt, der von Pro Asyl organisiert wird (siehe dazu auch den Kommentar auf Seite 4).

Weitere Informationen sowie die Möglichkeit, Materialien, Plakate und Broschüren zu bestellen gibt es auf den Internetseiten:

[www.interkulturellewoche.de](http://www.interkulturellewoche.de)

und

[www.pro-asyl.de](http://www.pro-asyl.de)



## SCHWERPUNKT ANTIDISKRIMINIERUNG

### Neuer Info-Brief Forum gegen Rassismus

Die Arbeitsgruppe Gleichbehandlung des Forums gegen Rassismus hat im Juli 2007 ihren neunten Info-Brief herausgegeben. Im thematischen Fokus befinden sich dieses Mal der Aufbau von Antidiskriminierungseinrichtungen sowie die Untersuchung von Maßnahmen zur Verbreitung des Antidiskriminierungsgedankens. Außerdem wird die Wirkung der „Anti-Rassismus-Richtlinie“ (2000/43/EG) genauer beleuchtet.

Im ersten Teil werden die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADB), die im Zuge des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes im August 2006 ihre Arbeit aufgenommen hat, sowie die Europäische Agentur für Grundrechte (FRA) beschrieben.

Im zweiten Teil gehen Nicole Bosch und Mark Peucker vom Europäischen Forum für Migrationsstudien (efms) auf die Informationslage zum Thema Diskriminierung ein und können dabei auf fünf Jahre Berichterstattung für das EUMC zurückblicken.

Dabei ist die statistische Basis eher durchwachsen: Die Datenlage zur statistischen Ungleichheit zwischen Inländern und Ausländern – „leider kaum über MigrantInnen“ – ist in Deutschland sehr gut. Dagegen lägen nur „wenige verlässliche Informationen zu direkter Diskriminierung und individuellen Diskriminierungserfahrungen“ vor. Statistiken zu Diskriminierungsbeschwerden seien in Deutschland „kaum vorhanden“. Lediglich in einigen wenigen Städten haben sich Beratungsstellen etabliert, die Beschwerden registrieren und doku-

mentieren. Noch schlechter sei es um eine Informationsquelle bestellt, „die wichtige qualitative Erkenntnisse über Mechanismen von Diskriminierung liefern“, nämlich Gerichtsverfahren. Die Autoren vom efms sehen die Gründe dafür „offensichtlich in der schwachen Antidiskriminierungsgesetzgebung in Deutschland“, die Klagen gegen Diskriminierung, „insbesondere im Bereich des Zivilrechts bisher nicht sehr aussichtsreich machte“.

Im dritten Teil wird die Antidiskriminierungsarbeit der Schweizer thematisiert, sowie zwei „good practice“-Projekte.

Der Infobrief kann heruntergeladen werden unter:

[www.migration-online.de/infobrief09](http://www.migration-online.de/infobrief09)

## ZAHLENWERK

Asylstatistik 2006 (nach den zehn Herkunftsländern, aus denen die meisten Asylbewerber stammen)

Herkunftsland	Bewerbungen	Asylberechtigt (Art. 16 GG)	Abschiebungsschutz (§ 60 Abs.1 AufenthG)	Abschiebungsverbot (§ 60 Abs.2 AufenthG)	davon	
					Ablehnungen (unbegründet)	davon formelle Entscheidungen
Serbien + Montenegro	4.204	0	6	74	2.177	1.947
Türkei	3.264	50	97	25	1.808	1.284
Irak	2.272	24	137	28	1.539	544
Afghanistan	1.512	10	71	163	383	885
Russische Föderation	1.472	26	147	24	715	560
Serbien	1.427	1	7	15	717	687
Iran	1.267	28	105	34	486	614
Vietnam	1.248	0	4	4	966	274
Syrien	989	15	92	9	582	291
Libanon	647	0	2	3	476	166
<b>GESAMT (10)</b>	<b>18.302</b>	<b>154</b>	<b>668</b>	<b>379</b>	<b>9.849</b>	<b>7.252</b>

Daten: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Asyl in Zahlen 1. August 2007)

## „PRAXISORIENTIERTE AUFBAUSCHULE“



### Deutsch-Türkisches Forum der CDU fordert Zusammenlegung von Haupt- und Gesamtschule

Das Deutsch-Türkische Forum der CDU NRW (DTF) hat Anfang August 2007 „Leitsätze für ein integrationsförderndes Bildungssystem in NRW“ vorgestellt. 21 Prozent türkeistämmige Jugendliche verlassen die Schule ohne Abschluss, bei den deutschen Jugendlichen liegt der Anteil bei 7,4 Prozent. Diese „Bildungsmisere der Türkischstämmigen in Deutschland“, so das DTF, müsse gestoppt werden. Denn „Nordrhein-Westfalen kann sich keine Bildungsverlierer mehr leisten“.

Für die Verbesserung des Bildungserfolgs der betroffenen Kinder und Jugendlichen schlägt das DTF eine Reihe von Maßnahmen vor, die bereits im Vorschulalter ansetzen. Bei der schulischen Bildung wird Wert darauf gelegt, die Eltern stärker einzubeziehen. Der DTF-Vorsitzende Bülent Arslan: „In der türkischstämmigen Elternschaft müssen die Lehrer Ansprechpartner suchen. Die können dann wiederum andere mobilisieren.“

Als einen Weg der Einbeziehung schlägt das DTF vor, dass an Grundschulen mit einem hohen Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund Lehrerinnen und Lehrern den Eltern Sprachkurse anbieten. Dadurch entstehen einerseits persönliche Bindungen, andererseits werde die Sprachkompetenz der Eltern verbessert.

Eine andere Forderung ist die Abschaffung der Hauptschule. In den Leitsätzen heißt es dazu: „Hauptschulen haben sich zum Auffangbecken für schwierige Schüler entwickelt. Selbst wenn Schüler den Schulabschluss schaffen, haben viele keine ausreichende Berufsperspektive. Das Deutsch-Türkische Forum setzt sich daher im Rahmen des dreigliedrigen Schulsystems für die Zusammenlegung der Haupt- und Gesamtschule in eine sehr praxisorientierte Aufbauschule ein.“

Die „Leitsätze für ein integrationsförderndes Bildungssystem in NRW“ können heruntergeladen werden unter:

[www.migration-online.de/DTF-Leitsaetze](http://www.migration-online.de/DTF-Leitsaetze)

## INTEGRATIONSKURSE SIND WEITER ERFOLGREICH

### Innenministerium stellt Erfahrungsbericht vor

Am 27. Juni 2007 legte Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble den Erfahrungsbericht zur Durchführung und Finanzierung der Integrationskurse vor und kommt damit dem gesetzlichen Auftrag in § 43 Absatz 5 Aufenthaltsgesetz, „den Gesetzgeber umfassend über den Erfolg und die Qualität der Integrationskurse zu informieren“, nach. Grundlage des Berichts ist die Evaluation durch externe Fachleute.

Schäuble zu den Ergebnissen: „Erst die Kenntnis der deutschen Sprache ermöglicht Integration. Sie eröffnet den Zugang zur Kultur und zum Denken einer Gesellschaft.“ Integrationsförderung beginne am ersten Tag. Grundsätzlich habe jeder einen Anspruch auf Teilnahme an einem Integrationskurs, jedoch sei auch jeder, der integrationsbedürftig ist, zur Teilnahme verpflichtet. „Insgesamt haben in den ersten beiden Jahren rund 250.000 Zuwanderer einen Integrationskurs absolviert oder besuchen einen solchen.“

Die bereitstehenden Mittel werden ab 2008 dauerhaft um 14 Millionen Euro auf rund 154,8 Millionen Euro aufgestockt. Es existiere eine gut strukturierte Förderlandschaft. Weit über 1.500 Kursträger bieten bundesweit flächendeckend Integrationskurse an, 80 Prozent der Sprachkursträger verfügen über langjährige Erfahrungen.

Es werden aber auch Möglichkeiten zur Optimierung des Systems gesehen: Die Einführung verpflichtender Einstufungs- und Abschlusstests, bedarfsspezifische und flexible Stundenkontingente, die Ausweitung der Orientierungskurse, sowie die Begrenzung auf maximal 20 Teilnehmer pro Kurs. Außerdem werden ein transparenter Qualitätswettbewerb zwischen den Kursträgern und die Vereinfachung des Verwaltungsaufwandes durch elektronische Datenübermittlungsverfahren empfohlen.

Der Erfahrungsbericht kann im Internet heruntergeladen werden:

[www.migration-online.de/abschlussbericht\\_integrationskurse](http://www.migration-online.de/abschlussbericht_integrationskurse)



# LOB UND KRITIK

## Deutschlandbericht des Menschenrechtskommissars des Europarats

**A**uf Einladung von Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier stattete der Menschenrechtskommissar Thomas Hammarberg Deutschland im Oktober 2006 einen Besuch ab. Der Besuch war Teil der regelmäßigen Länderbesuche des Kommissars in allen Mitgliedstaaten des Europarats, bei denen bewertet werden soll, inwieweit die Menschenrechte beachtet werden.

Die Erkenntnisse und Erfahrungen des Besuchs wurden Mitte Juli 2007 im Länderbericht für Deutschland unter dem Titel „Bericht des Menschenrechtskommissars Thomas Hammarberg über seinen Besuch in Deutschland“ veröffentlicht.

Der Bericht beginnt mit einer kurzen Bewertung des nationalen Systems des Menschenrechtsschutzes in Deutschland, gefolgt von Kapiteln, die sich mit konkreten Menschenrechtsanliegen befassen. Dabei stützt man sich auf Informationen, die während des Besuchs zusammengetragen wurden, auf schriftliche Äußerungen von Behörden und Organisationen der Zivilgesellschaft, sowie auf Berichte von internationalen Behörden und Organisationen die sich der Überwachung der Menschenrechte verschrieben haben. So heißt es im Bericht: „Deutschland hat die meisten Menschenrechtsübereinkünfte des Europarats ratifiziert und fortlaufende Bemühungen unternommen, um zu gewährleisten, dass die Menschenrechte weitgehend geachtet werden. Außerdem spielt Deutschland seit Langem eine aktive Rolle bei der

Förderung der Entwicklung der internationalen Menschenrechtsstandards.“ Weiter heißt es, dass der Kommissar die Entscheidung des Bundes und der Länder begrüße, das Fakultativprotokoll zum UN-Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche und erniedrigende Behandlung oder Strafe zu ratifizieren.

Weniger Lob erhielt Deutschland für seinen Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern: „Die nationalen Rechtsvorschriften belegen, dass die deutsche Auslegung des internationalen Asylrechts hinsichtlich der Gründe für die Gewährung eines Asylantrags zum Teil restriktiv war.“ Beispielsweise galten die von nichtstaatlichen Akteuren ausgehende Verfolgung, sowie die Verfolgung aufgrund geschlechterspezifischer Motive im deutschen Asylrecht nicht als Schutzgründe. Das neue Zuwanderungsgesetz habe dort Abhilfe geschaffen. Schutzlücken könnten jedoch „immer noch vorhanden sein, vor allem in der Frage der Religion und der Zugehörigkeit zu einer besonderen gesellschaftlichen Gruppe“.

Des Weiteren kritisiert der Kommissar, dass in den letzten Jahren einer ungewöhnlich hohen Zahl von Flüchtlingen der Status aberkannt oder zurückge-

zogen wurde: „Der Kommissar zeigt sich über den offensichtlichen Positionswechsel in der deutschen Politik bei der Aberkennung des Flüchtlingsstatus besorgt und fordert die deutschen Behörden auf, diese Politik in Übereinstimmung mit dem internationalen Asylrecht zu überprüfen.“

Auch die Praxis der Kettenduldung ist für Hammarberg nicht haltbar. Zwar könne eine Duldung über kurze Zeiträume hinweg gerechtfertigt sein, um technischen Problemen zu begegnen, „werden sie jedoch über mehrere Jahre, ja sogar Jahrzehnte angewendet, so kann aus diesem Unsicherheitsstatus eine Verletzung der Würde des Menschen erwachsen“.

Schlussendlich kritisiert Hammarberg noch den Umgang mit Minderjährigen im Asylverfahren und fordert die deutschen Behörden auf, Asylsuchende zwischen 16 und 18 Jahren als Minderjährige zu behandeln und die deutsche Erklärung zur Kinderrechtskonvention in Übereinstimmung mit den UN-Empfehlungen zurückzuziehen.

Der Bericht des Menschenrechtskommissars Thomas Hammarberg steht im Internet unter:

[www.migration-online.de/bericht\\_hammarberg](http://www.migration-online.de/bericht_hammarberg)



# „FÜR GLEICHBERECHTIGTES UND SOLIDARISCHES MITEINANDER“

## Integrationskonzept der Linksfaktion veröffentlicht

**D**ie Linksfaktion im Bundestag hat im Juli ein Integrationskonzept unter dem Titel „Integration für gleichberechtigtes und solidarisches Miteinander“ veröffentlicht. Das Konzept wurde im Zeitraum von einem Jahr

von einer ressortübergreifenden Arbeitsgruppe erstellt und am 19. Juli von der Fraktion verabschiedet.

Inhaltlich orientieren sich die Vorschläge und Forderungen an einer Integration durch rechtliche Gleichstellung, soziale Partizipation und Überwindung gesellschaftlicher Ausgrenzung. Verstanden wird das als

„ressortübergreifende und interdisziplinäre Querschnitts- und Daueraufgabe“.

Das Integrationskonzept der Linksfaktion kann heruntergeladen werden unter:

[www.migration-online.de/integrationskonzept\\_linksfaktion](http://www.migration-online.de/integrationskonzept_linksfaktion)

# TERMINE

## und Veranstaltungen



### Informationen zum aktuellen Staatsbürgerschaftsrecht

Seminar: 09.–14.09.2007  
Hamburg-Sasel

### Fit für Vielfalt – Strategien zur Interkulturellen Öffnung und zum Diversity Management

Tagung: 13.–14.09.2007, Dortmund

### Vielfalt als Chance!

### Interkulturelle Kommunikation in der Beratung – Aufbaukurs

Training: 17.–19.09.2007, Dortmund

### Muslime in Deutschland:

### Gemeinsam leben und arbeiten

Tagung: 10.10.2007, Düsseldorf

### Interkulturelle Vermittlung, Stufe 1

Lehrgang: 14.–16.10.2007, Hattingen

### Migrationshintergrund – Ein Armutrisiko? Informationen zur sozialen Situation von Migrantinnen und Migranten

Seminar: 14.–19.10.2007

Niederpöcking/Starnberger See

### Ausländerbeschäftigungsrecht – Arbeitsmarktzugang für Geduldete und Asylbewerber

Seminar: 18.–19.10.2007, Köln

### Interkulturelles Training – Kompaktkurs

Training: 21.–26.10.2007

Hamburg-Sasel

### Muslime in Deutschland – Aufgaben und Herausforderungen

Seminar: 28.–31.10.2007, Hattingen

### Behörden Tagung 2007

Tagung: 08.–09.11.2007, Frankfurt

Weitere Informationen und Anmeldung unter:

[www.migration-online.de](http://www.migration-online.de)  
oder

Telefon 02 11/43 01-1 41

# FLÜCHTLINGE SCHÜTZEN – NICHT ABSCHIEBEN!

## KOMMENTAR

**Günter Burkhardt,  
Geschäftsführer von Pro Asyl**

„Europa ist ein Asylkontinent und muss es bleiben. Es kann sich seiner Verantwortung gegenüber Menschen, die internationalen Schutz benötigen, nicht entziehen.“ Diese Mahnung von UN-Flüchtlingskommissar Antonio Guterres könnte das Motto des diesjährigen Tages des Flüchtlings am 28. September 2007 sein. Europa als Asylkontinent jedoch ist eher eine historische Reminiszenz. Denn es entzieht sich permanent seiner Verantwortung – undbürdet sie den Staaten im armen Teil der Welt auf. Wo die weitaus meisten Flüchtlinge in dieser Welt leben, da sollen sie auch bleiben, so das inoffizielle Programm der EU unter dem Stichwort „Regionalisierung des Flüchtlingsschutzes“. Europa leistet schon längst keinen angemessenen Beitrag mehr zur Aufnahme von Flüchtlingen. In der EU gehen die Asyl-antragstellerzahlen seit vielen Jahren zurück. Wer es schafft, den europäischen Limes zu überwinden, der verzichtet oft auf die geringen Chancen, die ihm engherzige und unfaire Asylsysteme in vielen europäischen Staaten bieten. Es wächst stattdessen die Zahl derer, die einen Weg des Überlebens ohne Papiere in Europa suchen.

Europa spricht lieber von Migration, auch dann, wenn von Flüchtlingen die Rede ist. Migranten sind die, die man sich aussuchen will, nach dem Kriterium der Nützlichkeit. Bundesinnenminister haben nie verhehlt, dass die Abschottung Europas gegen die Verfolgten und die Hungerleider Platz schaffen soll für die ökonomisch erwünschte Einwanderung. Die Wirtschaftsgemeinschaft EU dominiert die Wertegemeinschaft. Politiker haben das gesellschaftliche Verständnis für die Notwendigkeit des Flüchtlingsschutzes systematisch unterminiert. Dennoch treffen sie beim Versuch, die

Opfer ihrer restriktiven Asylsysteme abzuschieben, in den meisten EU-Staaten auf Widerstand.

Humanitäre Regelungen, die Legalisierung von Menschen ohne Papiere in Südeuropa oder die aktuelle Bleiberechtsregelung in Deutschland sind das Ergebnis zivilgesellschaftlichen Engagements. Aus Flüchtlingsschutz ist aber zunehmend der Kampf um den bloßen Abschiebungsschutz geworden. Viele der in Deutschland lediglich mit einer Duldung Lebenden sind zuvor durch die Maschen eines kaum noch vorhandenen Systems des Flüchtlingsschutzes gefallen. Diesen Zusammenhang hat der Menschenrechtskommissar des Europarates in seinem Deutschlandbericht vor Kurzem betont.

Nicht abschieben! ist also das Eine, das Insistieren auf dem Flüchtlingsschutz das Andere.

Ausländerrecht ist hierzulande nach wie vor Gefahrenabwehrrecht. So haben denn auch die aktuellen Änderungen des Zuwanderungsrechts, mit dem europäische Richtlinien umge-

setzt werden sollen, den Flüchtlingsschutz nicht vorwärts gebracht, wohl aber einen erneuten Wettbewerb der Restriktionen ausgelöst. Ein Land, in dem eine Ausländerbehörde ihren Funktionsbereich auf dem Briefkopf mit „Ausländerrecht und allgemeine Gefahrenabwehr“ angibt – und damit nicht einmal falsch liegt – muss sich nicht wundern, dass Deutschland selbst für die viel beschworenen hoch qualifizierten Zuwanderer kaum attraktiv ist.

Das Pendant zur ausländerrechtlichen Einigelung im Inland ist die militarisierete Abschottungspolitik an den EU-Außengrenzen. Sie setzt darauf, dass auch die Gutwilligen angesichts der sich wiederholenden Bilder der Ertrunkenen abstumpfen. Das Kalkül: Wenn es gelingt, Flüchtlinge fernab von Europa zu stoppen, dann wird sich hierzulande kaum noch jemand für ihr Schicksal interessieren. Dieser Absicht müssen die Unterstützerinnen und Unterstützer von Flüchtlingen entgegenwirken. Europa muss wieder ein Kontinent des Asyls werden, das ist eine der Botschaften des diesjährigen Tages des Flüchtlings.



## GEFÖRDERT DURCH



Bundesministerium  
des Innern



Bundesamt  
für Migration  
und Flüchtlinge

## IMPRESSUM

### HERAUSGEBER

DGB Bildungswerk  
Vorsitzender: Dietmar Hexel  
Geschäftsführer: Dr. Dieter Eich

### VERANTWORTLICH

für den Inhalt: Leo Monz

### KOORDINATION

Michaela Dälken

### REDAKTION

Bernd Mansel  
(Medienbüro Arbeitswelt), Berlin

### LAYOUT

Gitte Becker

### DTP/REINZEICHNUNG

Gerd Spliethoff

### FOTOS

photocase

### DRUCK UND VERTRIEB

Setzkasten GmbH, Düsseldorf

### ERSCHEINUNGSWEISE

Monatlich

### BESTELLADRESSE

SETZKASTEN GMBH  
Produktion, Verlag, Werbung  
Kreuzbergstraße 56  
40489 Düsseldorf  
Telefax 02 11/4 08 00 90-40  
E-Mail mail@setzkasten.de

### ZUSCHRIFTEN/KONTAKT

DGB Bildungswerk  
Bereich Migration & Qualifizierung  
Hans-Böckler-Straße 39  
40476 Düsseldorf  
Telefon 02 11/43 01-1 88  
Telefax 02 11/43 01-1 34  
migration@dgb-bildungswerk.de  
www.migration-online.de